Ein Widerspruch in sich?

Neonazis in der DDR und was ihr Beispiel für die historisch-politische Bildung bedeutet

Autor*in/
Organisation
Paul Räuber und Alexander Beltz

Wer über Neonazis in der DDR spricht, begibt sich auf vermintes erinnerungspolitisches Gebiet, das erst seit kurzem geräumt wird. Viele Jahre spiegelte das Thema noch die geschichtspolitische Konfrontation des Kalten Krieges wieder. Höhepunkt dieser energisch geführten Debatte waren die frühen 1990er Jahre, als rechte Banden in Ostdeutschland Angst und Schrecken verbreiteten. Als Urszene dieser Gewalt gilt das Pogrom von Hoyerswerda, bei dem die Täter*innen im September 1991 tagelang unter Beifallrufen zwei Unterkünfte von Migrant*innen angriffen (vgl. Begrich 2016).
Für manche war die autoritäre DDR-Kinderstube verantwortlich, während andere eher auf Zumutungen im gesellschaftlichen Umbruch schauten. Einige meinten, die rechten Rattenfänger aus dem Westen hätten nun leichtes Spiel und viele hielten den offensichtlich gescheiterten Antifaschismus der SED für die letzte Bankrotterklärung des realsozialistischen Regimes. Angesichts solch vielstimmiger Aushandlungen überrascht es, dass die Neonazis der DDR in der Wissenschaft eine Randnotiz blieben. Hiervon ausgehend wollen wir in diesem Hintergrundbeitrag fragen: Wie agierten Neonazis im Realsozialismus und welche Reaktion folgte darauf aus dem Staatsapparat. Nicht zuletzt soll es darum gehen, warum ihr Fallbeispiel für die politische Bildungsarbeit ein zu Unrecht vernachlässigtes Feld ist?

Neonazis in der DDR – weil nicht sein kann, was nicht sein darf

Anders als in der Bonner Republik existierte in der DDR kein Geflecht aus nazistischen Parteien, Lesezirkeln und Wehrsportgruppen. Gleichwohl gab es rechte Umtriebe über die gesamte DDR hinweg in gänzlich verschiedenen Milieus mit völlig eigenen Praktiken (vgl. Waibel 2017). Beispielsweise gab es einen regen, wenn auch informellen Handel mit Artefakten, deren Besitz eine „nationalsozialistische Aura“ versprach. Da solche Überreste nur schwer zu bekommen waren, machte die Not erfinderisch. Einige organisierte Strukturen bemalten ausgediente Feuerwehrhelme mit Hakenkreuzen oder schneiderten Uniformen, um sie in Ritualen kultisch zu verehren. Nur selten spiegelte sich in solchen Handlungen so etwas wie größeres strategisches Kalkül. Angesichts der immer zu erwartenden Strafverfolgung durch das DDR-Regime ging es vor allem um die Grenzüberschreitung der Tat an sich. Sie entwickelte sich von einfachsten Propagandadelikten zu Beginn bis hin zur brutalen Gewalt im letzten Jahrzehnt des realso-

Material von Paul Räuber und Alexander Beitz, lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung-Share Alike 4.0 International Public License (CC BY-SA 4.0)

zialistischen Staates.
Wertet man die Akten der Staatssicherheit aus, so gerieten vor allem jene in den Blick, die ohnehin schon im Visier der Repressionsorgane standen. In erster Linie ermittelte die Stasi mit aller Härte, wenn sogenannte Arbeitsbummelanten in den Kneipen den Arm zum Hitlergruß reckten oder Hakenkreuzschmierereien an Gefängniswänden prangten. Ähnlich verdächtigt wurde auch die Jugend, die sich ab den 1970er Jahren verstärkt westlichen Subkulturen zuwandte. Viel seltener ging es um Räume, in denen man für gewöhnlich autoritäre Charaktere vermuten würde: die Kasernen, Fußballstadien oder Übungsgelände der Gesellschaft für Sport und Technik, auf denen man für die sogenannte Wehrerziehung trainierte. Ohnehin galten rechte Umtriebe, wie auch heute, als Delikte fehlgeleiteter Einzeltäter. Nach ideologischen Bezügen, radikalisierenden Milieus oder ihrem Verhältnis zur übrigen Gesellschaft fragte hingegen kaum jemand.
Erschwerend kam hinzu, dass es im Realsozialismus streng genommen keine Neonazis hätte geben dürfen: dies nicht nur, weil durch den offensichtlichen Bruch mit dem Mythos des antifaschistischen Staates einiges an seiner Legitimation verloren gegangen wäre, auch das offizielle Faschismusverständnis der DDR trug seinen Teil dazu bei. Während man im Westen davon ausging, dass Faschismus und Sozialismus wesensgleich seien, galt im Osten spiegelbildlich: Neonazis, die gibt es nur im kapitalistischen Ausland. Wer dennoch rechte Ansichten vertrat, musste mindestens der westlichen Manipulation erlegen sein, wenn er nicht gleich im feindlichen Auftrag handelte (vgl. Süß 1996). In diesem Sinne verhinderte das antifaschistische Selbstverständnis der DDR einen offensiven Umgang mit der extremen Rechten. Meist ignorierte man sie.

Wendepunkt - Der Angriff auf die Berliner Zionskirche

Öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr die extreme Rechte in der DDR erst 1987, als rechtsaffine Jugendliche dem Staat zeigten, wie wenig er noch Herr der politischen Lage war. Mitten in Ost-Berlin war es der alternativen Jugendszene am 17. Oktober gelungen, unter dem Schutz der evangelischen Kirche ein außergewöhnliches Musikevent zu organisieren. Star des Abends war die West-Berliner Band Element of Crime. Fast eintausend Menschen folgten der Mundpropaganda in die Zionskirche, während zeitgleich nur zwei Kilometer entfernt Neonazis in einer Kneipe feierten. Im Laufe des Abends machten sich drei Dutzend Rechte auf den Weg, um, wie es damals hieß, „Punks aufzumischen“. Als die Gruppe aus der Straßenbahn stieg, war das Konzert schon vorbei. Einige Besucher*innen wurden noch an der Haltestelle zu Boden geschlagen. Unter „Sieg Heil“-Rufen stürmen die Rechten anschließend zur Zionskirche (vgl. Moldt 2002). Nach einiger Zeit setzten sich die Angegriffenen zur Wehr, die Neonazis zogen sich auf den Vorplatz zurück. Doch selbst dort griff die Staatsmacht nicht sofort ein, obwohl Streifenwagen das Konzert im Blick hatten.
Anders als sonst sorgte der Überfall auf die Zionskirche weit über die Grenzen

Material von Paul Räuber und Alexander Beitz, lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung-Share Alike 4.0 International Public License (CC BY-SA 4.0)

der DDR-Opposition hinaus für Furore. Das Politbüro reagierte mit einer doppelten Strategie. Während die Freie Deutsche Jugend als zuständige Massenorganisation an seine Pflichten erinnert wurde, den Nachwuchs im Sinne der Partei zu integrieren, nahm die Staatssicherheit nun die gezielte Fahndung nach den vermeintlichen Rädelsführern auf. In der Folge sah sich vor allem die Skinheadszene gezwungen, ihre Bomberjacken gegen unauffälligere Kleidung zu tauschen und neue Treffpunkte anzusteuern. Diejenigen Neonazis, denen man eine Beteiligung am Angriff auf das Konzert nachweisen konnte, erwartete noch im gleichen Jahr ein für die DDR-Gerichtsbarkeit ungewöhnlicher, weil öffentlicher, Prozess. Da die Angeklagten zu Recht damit rechnen mussten, dass hier ein Exempel statuiert werden sollte, ließen sie nichts unversucht, ihre Verantwortung kleinzureden. Konnte für das Politbüro nur der Westen dafür verantwortlich sein, dass junge DDR-Bürger zu rechten Schlägern wurden, so mussten echte Nazis aus der Bundesrepublik der perfekte Blitzableiter sein. Ganz dem Kalkül der Ermittler folgend, bezichtigten die Angeklagten eine Gruppe Westberliner Skins, sie zu dem Überfall aufgehetzt zu haben (vgl. BStU BV Berlin AkG 4037).

Hilfloser Antifaschismus - Strategien staatlicher Gegenwehr

Die Anklage im Zionskirchprozess lautete, typisch für die damalige Rechtsprechung, auf „Rowdytum“ und „öffentliche Herabwürdigung“. Die DDR-Justiz griff nahezu ausschließlich auf den ersten Straftatbestand zurück, wenn Rechte gewalttätig wurden. Noch heute kritisiert die einschlägige Forschung ihn zurecht als entpolitisierende Verharmlosung. Diese Einschätzung fasst jedoch nicht den gesamten historischen Kontext. So entwickelte sich der Straftatbestand „Rowdytum“ im DDR-Strafrecht nach sowjetischem Vorbild (vgl. Kotalík 2019). Als sogenannter Gummiparagraf war er bestens geeignet, Grenzüberschreitungen im öffentlichen Raum drakonisch zu verfolgen und sich mit der dahinterliegenden Ideologie nicht weiter befassen zu müssen. Ihn jetzt anzuwenden drängte sich demnach nahezu auf. Da die Gewalt auch beim Angriff auf die Konzertbesucher*innen der Zionskirche größtenteils von alkoholisierten Männern ausging, die sich auch im gewaltbereiten Fußballmilieu bewegten, traf der Begriff Rowdytum zumindest der Form nach zu. Nach dem Mauerfall wurde er durch den ähnlich allgemein einsetzbaren Paragrafen des Landfriedensbruchs abgelöst. Dieser fand in den als Baseballschlägerjahren bekannten Nachwende-Jahren häufig Anwendung, wenn Neonazis Unterkünfte von Migrant*innen angriffen, ohne dabei die menschenverachtenden Motive der Täter*innen und deren rechte Netzwerke zu beleuchten.

Rechtsextremismusforschung unter Aufsicht des DDR-Regimes

Neben den Strategien der Integration und der Sanktion gelangte das Ministerium des Innern nach der Zionskirche zu der Einsicht, dass sie zu wenig über die extreme Rechte wisse und veranlasste eine Studie (vgl. Wagner 2018). Diesem Entschluss verdanken wir heute eine auf-

Material von Paul Räuber und Alexander Beitz, lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung-Share Alike 4.0 International Public License (CC BY-SA 4.0)

schlussreiche Quelle über die Neonazis der DDR. Unter Aufsicht der Kriminalpolizei gründete sich ein Team aus Expert*innen, das dazu forschte, wer die jungen Rechten waren, wie ihre Netzwerke funktionierten und auf welche Weise man ihnen präventiv begegnen könnte. Wichtiger Teil dieser Forschung war die Abteilung Kriminalistik der Ost-Berliner Humboldt-Universität. Als wissenschaftliche Leitung setzte man Professorin Loni Niederländer ein, deren Ergebnisse deutlich mit den gängigen Ansichten brachen. Die Forschungsgruppe kam zu dem Schluss, dass die für das Projekt interviewten Straftäter keinesfalls randständige Gestalten aus abweichlerischen Milieus, sondern in ihrer Prägung als „Söhne und Töchter des Systems" eingestuft werden konnten (Vgl. Niederländer 1988). Viele hätten ihre Facharbeiterprüfung abgelegt und nicht wenige waren Mitglieder von Parteien- und Massenorganisationen der DDR, ebenso wie ihre Eltern. Eine Absage erteilte die streng geheime Studie auch der zentralen These, nach der die Täter mindestens der imperialistischen Manipulation erlegen wären. Vielmehr kam man zu der Erkenntnis, dass die extrem rechte Szene auch ohne diese eigenständig wachsen würde. Die ersten Ergebnisse, vorgetragen in vertraulichen Sitzungen und Kurzfassungen, zeitigten zunächst Abwehrreaktionen im Machtapparat. Die Überlieferungen in den Archiven belegen handschriftliche Notizen von Kadern, die von der angeblich arroganten Art der Referentin Niederländer berichten. Mancher versah ganze Passagen am Rand der Studie mit Fragezeichen. Um die wesentlichen Stellen gekürzt erschienen einige Ergebnisse der Studie jedoch noch 1988 als Sonderheft der Kriminalpolizei, das die Beamten über Punks und Skins informierte. Ein jähes Ende des ohnehin unliebsamen Projekts setzte wohl ein Artikel im westlichen Magazin Spiegel. Unter dem Titel „Antisemitismus Ost" spielte er auf eine unter Verschluss gehaltene Arbeit an. So stand der Verdacht im Raum, jemand habe brisante Geheimnisse ausgerechnet an den sogenannten Klassenfeind verraten. Kurzerhand ersetzte man den Förderer des Projekts Bernd Wagner bei der Kriminalpolizei und verbannte Loni Niederländer aus dem Interviewzimmer im Gefängnis. Zu allem Überfluss belehrte der neue Verantwortliche die Professorin darüber, dass Skinheads weder politische Motive besäßen noch Forschung zu diesen irgendetwas bringen würde (vgl. BStU HA XX/AkG Nr. 5943).

Potenziale für die historisch-politische Bildungsarbeit

Selbst ein solch kurzer Abriss der DDR-Neonaziszene lässt die Potenziale historisch-politischer Lernprozesse bereits deutlich werden: Sie kann das Verhältnis von Ideologie und Praxis der DDR-Institutionen sichtbar machen; neue gesellschaftliche Dynamiken, vor allem in der Jugend aufzeigen; unreflektierte Kontinuitäten zwischen dem SED-Regime und der bundesdeutschen Demokratie im Umgang mit rechten Akteur*innen offenlegen.

Die übliche Verzögerung, die es braucht, bis aus aktueller Forschung

Material von Paul Räuber und Alexander Beitz, lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung-Share Alike 4.0 International Public License (CC BY-SA 4.0)

Bildungsangebote werden, dürfte aber nicht der alleinige Grund für die offensichtliche Leerstelle sein. So rüttelt die historische Konstante „Gewalt von rechts" doch immens an der Erzählung des geeinten Deutschlands als großem Erfolg. Eigentlich ließe sich die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert auch als eine Geschichte der extremen Rechten erzählen (vgl. Bernhardt 2018). Angefangen beim Freikorps-Terror der Weimarer Republik und dem Dritten Reich, über die Stay-Behind-Strukturen in der Ära Adenauer, die Parteigründungen der 1960er, die Attentate der Wehrsportgruppe Hoffmann in den 1970ern, das Aufkommen subkulturell-orientierter Neonazi-Skins während der 1980er Jahre in beiden deutschen Staaten, die Baseballschlägerjahre ab 1990: Jedes Jahrzehnt hatte seine spezifische Ausprägung der extremen Rechten (vgl. Botsch 2012). In diesem Sinne bleibt es die Aufgabe der historisch-politischen Bildung, geeignete Beispiele zu finden, sie zu didaktisieren und somit die Geschichte der extremen Rechten in die der Bundesrepublik zu integrieren. Am ehesten könnte dies über themenzentrierte Längsschnitte gelingen, die sich aktuell immer größerer Beliebtheit erfreuen (vgl. Schmid 1974).

Der Themenkomplex „Rechtsextremismus" wird jedoch nur selten auf diese Weise dargestellt, betont sie doch das Verhältnis von Kontinuität und Wandel. Und rechte Militanz als Kontinuum der deutschen Zeitgeschichte widerspricht dem gegenwärtig weit verbreiteten Extremismusansatz diametral. Dieser versucht, vermeintlich extremistische Akteure als gesellschaftliches Randphänomen zu markieren; als Sonderfall, der die sogenannte demokratische Mehrheitsgesellschaft von ihren Rändern her bedrohe, wobei diese wesensgleich seien. Dass diese ‚rechtsextremen' Akteure häufig aus eben jener ‚Mitte' kommen, ihre Ideologie und Praktiken dort teils breiten Rückhalt genießen, gilt für die Gegenwart, wie für die Vergangenheit. Nicht selten waren und sind sie mit staatlichen Institutionen, vor allem in den Sicherheitsbehörden, verbandelt. Doch ist mit dem Gut-Böse-Dualismus der Extremismusdoktrin ein kritischer Blick kaum vereinbar (vgl. Fuhrmann/Schulz 2021). Politische Bildungszugänge mit einer mehrdimensionalen Perspektive auf das Thema sind gut beraten, Gewalt von rechts emanzipiert vom Extremismusdenken als epochenübergreifendes und gesamtgesellschaftliches Phänomen zu betrachten.

Hinwendung zur Akteursebene unerlässlich

Ein Weg zu einer solchen Perspektive führt über die der Betroffenen, wie es vor allem migrantische Gruppen fordern. Sie sind dabei sich zu etablieren, sei es in Museen, Lehrbüchern oder den vielen außerschulischen Projekten. Ziel dieser Bildungsarbeit ist es häufig Empathie für Betroffene zu fördern, ihre Kämpfe sichtbar zu machen und Rassismus als gesellschaftliches Problem zu benennen. Nur konsequent, hat sich in der Bildungsarbeit eine Sichtweise etabliert, die weniger die Täterinnen und Täter in den Mittelpunkt rückt und dafür stärker die lange vergessenen migrantischen Betroffenen thematisiert. So ist das Thema Migration nach Ost- und Westdeutschland mittlerweile vielseitig in Bildungs-

Material von Paul Räuber und Alexander Beitz, lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung-Share Alike 4.0 International Public License (CC BY-SA 4.0)

materialien präsent. Gründe für Arbeitsmigration werden auf struktureller Ebene betrachtet und rassistische Diskriminierung aus individueller Perspektive geschildert. Biographische Hintergründe der Täter*innen, ihre ideologische Motivation oder ihre Verstrickungen mit Polizei und Justiz fehlen aber in aller Regel. Doch wo die rassistischen Akteure nicht in den Blick geraten, bleiben die Ursachen für Übergriffe im Dunkeln. Da rechte Gewalt immer auch vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit ihr zu betrachten ist, sind dem betroffenenzentrierten Ansatz allein Grenzen gesetzt. Empathie und Solidarität zu fördern ist wichtig und Betroffenenperspektiven sind hierfür unverzichtbar. Ein vollständiges Bild des Problems entsteht jedoch nur, wenn Dynamiken, Beweggründe und Strukturen der Täterseite ebenfalls analysiert werden, da hier die Ursachen für Hass und Gewalt zu suchen sind. Gerade wenn beide Sichtweisen quellenkritisch aufeinander bezogen werden, gewinnen abstrakte Begriffe im historisch-politischen Bildungsprozess an Anschaulichkeit. Damit gilt hier umso eindringlicher, dass Kategorien von entweder-oder eine Absage zu erteilen ist, sondern gerade vielfältige Narrative und widersprüchliche Quellen die Grundlage für eine gelungene Bildungsarbeit bereiten.

Didaktisches Potenzial für historisch-politische Lernprozesse

Die Neonazi-Szene der DDR, angereichert durch historische Quellen wie die Niederländer Studie, bieten einen vielversprechenden Lerngegenstand der historisch-politischen Bildung. Einerseits lässt sich daran die institutionelle Praxis sowie das gesellschaftliche Klima der DDR nachvollziehbar machen. Die Neonazi-Szene vervollständigt das Bild einer DDR-Bevölkerung, die sich zunehmend von der SED-Herrschaft distanzierte, auch auf antidemokratische Weise. Die Behörden blieben, aufgrund ihrer ideologischen Prämissen, unfähig, die Situation richtig zu beurteilen oder gar sie zu kontrollieren. Ein zunehmend überforderter Machtapparat und eine mehr und mehr unzufriedene DDR-Bevölkerung setzten eben nicht nur emanzipativ-demokratisches, sondern auch destruktiv-gewalttätiges Potenzial frei; eine Seite der Vereinigungsgeschichte, die im Sinne einer kritischen historischen Sinnbildung nicht unerzählt bleiben sollte (Vgl. Rüsen 2008).

So würde ein weiteres Kapitel der gesamtdeutschen Geschichte hinzugefügt, das in der Lage dazu ist, die extreme Rechte weiter zu erschließen. Vor allem, weil die Erinnerung an die rechte Gewalt nach der deutsch-deutschen Vereinigung immer stärker in die Erinnerungskultur drängt, stellt sich für die historisch-politische Bildung die Frage, wie sie diese Schattenseite der Geschichte thematisieren will. Ein Weg wäre es, diese gewaltvollen Zustände der bisherigen Erzählung von einer friedlichen Revolution hinzuzufügen und dabei auch die Neonazis der späten DDR nicht unerwähnt bleiben zu lassen.

Material von Paul Räuber und Alexander Beitz, lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung-Share Alike 4.0 International Public License (CC BY-SA 4.0)

Literatur

David Begrich: Hoyerswerda und Lichtenhagen. Urszenen rassistischer Gewalt in Ostdeutschland. In: Heike Kleffner / Anna Spangenberg (Hg.): Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg. Berlin 2016.

Markus Bernhardt: Geschichte von rechts. Populismus, Revisionismus, Holocaustleugnung. In: Markus Bernhardt (Hg.): Geschichte von rechts, Ausgabe 185, Seelze 2018, S. 2-11.

Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute, Darmstadt 2012.

Maximilian Fuhrmann / Sarah Schulz, Strammstehen vor der Demokratie. Extremismuskonzept und Staatsschutz in der Bundesrepublik, Stuttgart 2021

Matěj Kotalík, Rowdytum im Staatssozialismus. Ein Feindbild aus der Sowjetunion, Berlin 2019.

Dirk Moldt, „Keine Konfrontation!". Die Rolle des MfS im Zusammenhang mit dem Überfall von Skinheads auf ein Konzert in der Berliner Zionskirche am 10.Oktober 1987, in: Horch und Guck, 11. Jahrgang, 4/2002. S. 14-25.

Jörn Rüsen, Historische Orientierung: Über die Arbeits des Geschichtsbewusstseins sich in der Zeit zu rechtzufinden, Schwalbach 2008.

Heinz Dieter Schmid: Verfahrensweisen im Geschichtsunterricht, In: Joachim Rohlfes, Karl Ernst Jeismann (Hg.): Geschichtsunterricht. Inhalte und Ziele. Stuttgart 1974. S. 53-64.

Walter Süß, Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/assets/bstu/de/Publikationen/Reihe_B_01_1993_Suess_Rechtsextremismus_Auflage_03_barrierefrei.pdf

Bernd Wagner, Vertuschte Gefahr. Die Stasi & Neonazis. https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/stasi/218421/vertuschte-gefahr-die-stasi-neonazis/ , Zugriff:11.11.2022.

Harry Waibel, Die braune Saat: Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart 2017.

Quellen

BStU BV Berlin AkG 4037

Material von Paul Räuber und Alexander Beitz, lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung-Share Alike 4.0 International Public License (CC BY-SA 4.0)

Loni Niederländer. Studie zur territorialen Ausbreitung von Skinheads und ähnlichen Gruppierungen in der DDR 1986-1988. Wirksamkeiten staatlicher Maßnahmen zur Zurückdrängung der Erscheinung. Berlin 1988. BStU MfS HA XX Nr. 13508.

BStU HA XX/AkG Nr. 5943

Material von Paul Räuber und Alexander Beitz, lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung-Share Alike 4.0 International Public License (CC BY-SA 4.0)